

Die Karawane zog vorbei

Wie geht es Deutschlands Unterschicht nach dem Medienrummel? – Ein Gespräch mit Petra Böhnke.

Von Anja Dilk

Als Deutschland entdeckte, dass es eine Unterschicht hat, waren alle sehr erschrocken. Politik, Medien, Kirchen, Gewerkschaften und Sozialverbände zeigten sich betroffen und überboten sich mit besorgten Mahnungen. Doch der Rummel war schnell vorbei. Heute, da der Aufschwung angeblich da ist, kräht nach der Unterschicht kein Hahn mehr. In diesen Tagen kommt nun die Studie, die den Begriff des „abgehängten Prekariats“ geprägt hat, als Buch auf den Markt. Die Unterschicht aber, die gab es vorher schon, und es gibt sie immer noch. changeX-Autorin Anja Dilk hat nachgefragt.

Petra Böhnke studierte Germanistik, vergleichende Literaturwissenschaften, Soziologie und Politologie in Göttingen, Berlin und London. 1998 arbeitete sie für den Deutschen Gewerkschaftsbund über geringfügige Beschäftigung von Frauen in der Region Berlin-Brandenburg. Seit acht Jahren ist Petra Böhnke wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wissenschaftszentrum Berlin, wo sie 2004 zum Thema „Risiken sozialer Ausgrenzung“ promovierte.

Frau Böhnke, vor drei Jahren hat Paul Noltes Wort vom Unterschichtfernsehen die Republik aufgeschreckt, und nach Bekanntwerden der Studie zum „abgehängten Prekariat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung Ende 2006 beschäftigte die Unterschicht die Gemüter. Acht Prozent der Deutschen gehören der Studie zufolge zum Prekariat. „Deutschland hat ein Unterschichtproblem“, sagt der SPD-Vorsitzende Kurt Beck. Ist das nun was Neues?

Neu ist das mit Sicherheit nicht. Seit Jahren veröffentlichen wissenschaftliche Institute Publikationen über das Ausmaß von Armut und Ungleichheit in Deutschland und Europa. So steht zum Beispiel im „Datenreport 2006“, den das Statistische Bundesamt, das Wissenschaftszentrum Berlin und das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen in Mannheim gemeinsam herausgeben, dass 13 bis 15 Prozent der Menschen in Deutschland von Armut bedroht sind. Das heißt, sie müssen mit weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Haushaltseinkommens auskommen. Auch der Begriff Unterschicht ist nichts Neues. Alle bekannten Gesellschaften der Neuzeit sind geschichtete Gesellschaften, in denen sich untere, mittlere und obere Schichten mit sehr unterschiedlichen Lebenschancen klar unterscheiden lassen. Dafür gab es in der Soziologie schon immer Begrifflichkeiten, ob neue soziale Frage, Armutspopulation, bildungsferne Schichten oder Unterschicht. Solche Begrifflichkeiten sind sinnvoll, um ein Phänomen unserer Gesellschaft zu benennen, mit dem wir uns drin-



Foto: David Ausserhofer

gend kritisch auseinandersetzen müssen. Sie machen deutlich, dass die Lebenschancen in unserer Gesellschaft unterschiedlich verteilt sind.

Und doch rollte die Debatte mit beeindruckender Vehemenz über das Land. Woher das neue Interesse an einem alten Phänomen?

Da treffen mehrere Aspekte aufeinander. Die Öffentlichkeit war durch die schlimmen Fälle verwaarloster Kinder besonders sensibilisiert. Vor allem aber haben die Befunde der Friedrich-Ebert-Stiftung große politische Relevanz. Der SPD laufen die Wähler weg. Das Thema Unterschicht ist für die Sozialdemokraten doppelt wichtig, sie müssen sich neu profilieren. Sie müssen sich außerdem fragen, inwieweit sie mit den Hartz-Reformen selbst einen Beitrag zur Verfestigung dieser Unterschicht geleistet haben. Noch wichtiger: Es geht um die politische Mobilisierung der Abgehängten. Die Studie hat die Frage nach einem Zusammenhang zwischen den prekären Lebenslagen und einer Affinität zu autoritären politischen Lösungen gestellt. Besteht nun die Gefahr, dass sich die abgehängten Verlierer der Gesellschaft radikalieren und beispielsweise NPD wählen? Unsere empirischen Befunde weisen in eine andere Richtung: Wir müssen weniger eine Radikalisierung befürchten, sondern die Ausdehnung der Nichtwähler. Menschen ohne Perspektive, erfüllt von Lethargie und Hoffnungslosigkeit, sehen keinen Sinn mehr darin, sich an der Gesellschaft zu beteiligen und nehmen ihr politisches Mitspracherecht nicht mehr wahr.

Wie würden Sie die Unterschicht beschreiben?

In meiner Forschung habe ich mich vor allem mit sozialer Ausgrenzung befasst. Lange wurde sie mit Arbeitslosigkeit und Armut gleichgesetzt. Allerdings hat sich seit Anfang der 90er-Jahre der Armutsbegriff erweitert. Er bezieht sich nicht mehr allein auf Einkommensarmut, sondern auch auf prekäre Lebenslagen, welche die soziale und gesellschaftliche Integration eines Individuums untergraben. So definiert die Europäische Union soziale Ausgrenzung als einen Prozess, durch den bestimmte Personen an den Rand der Gesellschaft gedrängt und durch ihre Armut oder wegen unzureichender Grundfertigkeiten oder durch Diskriminierung an der vollwertigen Teilhabe gehindert werden. Ursachen sind laut EU unter anderem Arbeitslosigkeit, fehlender sozialer Schutz, schlechte Wohnbedingungen, mangelnde Grundversorgung sowie eine unzureichende Solidarität durch Familien und soziale Netzwerke.

Wächst die Unterschicht in Deutschland? Ragt sie gar zunehmend in die Mittelschicht hinein, wie immer mehr Menschen befürchten?

In der Tat, und das ist das eigentlich Brisante in der Diskussion: die Verunsicherung der Mittelschicht, die fürchtet, auch vom sozialen Abstieg betroffen zu sein. Das hat gute Gründe. Mehr denn je gehören für Menschen der Mittelschicht befristete Arbeitsverträge zum Alltag, die Anforderungen an Mobilität und Flexibilität sind gewachsen, Hartz IV hat den Glauben in die sozialstaatliche Absicherung erschüttert. Zudem fühlt sich gerade die junge Sandwich-Generation der 30- bis 40-Jährigen überfordert: Familiengründung, Fuß fassen im Beruf, die Sorge um die Eltern kulminieren häufig in diesem Alter. Gleichzeitig ist das alte Kontinuitätsversprechen auf beruflichen Aufstieg und ein auskömmliches Leben brüchig geworden. Das Ergebnis ist eine Verunsicherung der Mittelschicht, die frühere Generationen so nicht kannten. Kein Wunder, dass der Ausgrenzungsgedanke in Deutschland seit der Krisendiagnose des Sozialstaats ungeheuer an Bedeutung gewonnen hat: Massenarbeitslosigkeit, der Abbau sozialstaatlicher Unterstützung, steigende Armut sowie ein grundlegender Wandel der Sozialstaatlichkeit durch die

Abkehr vom Prinzip der Statussicherung gehen mit der Zunahme von Degradierungs- und Abstiegsängsten einher.

Sie haben sich in Ihren Forschungen mit sozialer Ungleichheit und den Ausgrenzungsrisiken in Deutschland beschäftigt.

In der wissenschaftlichen Debatte gibt es zwei widersprüchliche Thesen zum sozialstrukturellen Wandel: Die einen argumentieren, dass Randgruppen vom gesellschaftlichen Wohlstand abgekoppelt würden und die Polarisierung zwischen privilegierten und benachteiligten Bevölkerungsschichten zunehme. Die anderen entgegnen, dass die Ausgrenzungstendenzen nicht mehr das Risiko benachteiligter Schichten seien, sondern zum allgemeinen Lebensrisiko werden – egal, aus welcher Schicht man stammt. Ich bin dem anhand empirischer Daten nachgegangen: Trifft soziale Ausgrenzung vermehrt die ohnehin schon benachteiligten Bevölkerungsgruppen und verschärft sich soziale Ungleichheit? Oder gibt es Anzeichen dafür, dass jeder ungeachtet seiner Qualifikation und Vorgeschichte von sozialen Risiken betroffen sein kann, die Abstieg und Deklassierung bedeuten?

Zunächst: Wie äußert sich soziale Ausgrenzung, wer fühlt sich an den Rand gedrängt?

In meinen Forschungen habe ich die Menschen selbst in den Mittelpunkt gerückt: Wie nehmen sie ihre Situation wahr? Fühlen sie sich ausgeschlossen oder integriert? Unter welchen Umständen etwa schränkt ein niedriger Lebensstandard ihre Teilhabechancen an der Gesellschaft ein? Basis waren Bevölkerungsumfragen, die solche subjektiven Faktoren mitberücksichtigen. Spannendes Ergebnis: Kaum jemand gibt an, sich komplett aus der Gesellschaft ausgegrenzt zu fühlen. Gefragt nach Zugehörigkeit, Anerkennung und Teilhabe zeigt sich, wie gut generell weite Teile der deutschen Bevölkerung im europäischen Vergleich in die Gesellschaft integriert sind. Allerdings: Wenn die Befragten – wie im Wohlfahrtssurvey – abgestufte Einschätzungen geben können, ändert sich das Bild: 1998 waren sechs Prozent der Deutschen „relativ unzufrieden“ mit ihren persönlichen Teilhabechancen, drei Jahre später waren es sieben Prozent. 2001 konnten sieben Prozent der Deutschen der Aussage „sehr zustimmen“ oder „zustimmen“, sich aus der Gesellschaft ausgegrenzt zu fühlen. Im Jahr 2003 waren es zehn Prozent.

Drei Prozent mehr in zwei Jahren – wie entsteht dieses Gefühl?

Gefragt nach den Gründen, ergibt sich ein klares Bild: Arbeitslosigkeit, sehr niedriges Einkommen oder Armut, ein fehlender Berufsabschluss verstärken das Gefühl, nicht vollständig dazuzugehören. Vor allem die lange Dauer solcher Benachteiligungen ist entscheidend. Darüber hinaus lösen Krankheit, Alter und unsichere Beschäftigung das Gefühl der Marginalisierung aus. Also spielt nicht nur die materielle Unterversorgung eine Rolle, sondern alle Lebenssituationen, die mit mangelnder Wertschätzung als Gesellschaftsmitglied einhergehen. Wer in so einer Situation nicht mehr auf soziale Unterstützung, Familie, Freunde, Verwandte zurückgreifen kann, fühlt sich noch stärker ausgegrenzt. Am stärksten marginalisiert sehen sich jene Befragten, bei denen Armut, niedriger Lebensstandard, Arbeitslosigkeit mit dem Verlust sozialer Beziehungen in und außerhalb von Familien einhergehen.

Ist davon auch die Mittelschicht betroffen?

Nein, soziale Ausgrenzung ist eben kein allgemeines Lebensrisiko für breite Bevölkerungsschichten. Materiell und sozial dauerhaft benachteiligt sind vor allem gering Qualifizierte und Menschen der un- oder angelernten Arbeiterschicht. Fast immer ist diese Benachteiligung an Langzeitarbeitslosigkeit

geknüpft. Das Risiko, ganz an den Rand gedrängt zu werden, breitet sich entgegen populären Annahmen nicht sprunghaft aus. Es bleibt an schichtspezifische Risikofaktoren wie geringe Bildung gebunden. Insofern verfestigen sich Strukturen der Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Auch die Einkommensschere ist seit der Wiedervereinigung beträchtlich auseinandergegangen.

Also jammern in Deutschland mal wieder viele auf hohem Niveau?

Auch wenn Abstiegsängste in Bevölkerungsgruppen verbreitet sind, deren soziale Lage nach objektiven Maßstäben so schlecht nicht ist, müssen wir die wachsende Verunsicherung in der deutschen Gesellschaft ernst nehmen. Dass immer mehr Menschen ihre persönliche Lebenssituation skeptisch bewerten, ist mehr als ein Randphänomen. Die Angst vor Arbeitslosigkeit ist in den 90er-Jahren enorm gewachsen. Die Orientierungslosigkeit ebenso. Viele Menschen erleben subjektiv einen Sicherheits- und Kontinuitätsverlust, der sowohl die Karriere- als auch die Familienplanung belastet. Natürlich ist das eine Einschränkung von Lebensqualität, die gesundheitliche Beeinträchtigungen zur Folge haben kann, Familienbildung verzögert und so weiter.

Was können wir dagegen tun?

Zunächst müssen wir uns klar werden, womit wir es zu tun haben. In der öffentlichen Debatte wird viel durcheinandergeworfen: Unterschicht, Prekariat, Generation Praktikum. Wir müssen klar trennen. Einerseits gibt es eine abgehängte Bevölkerungsgruppe, die sich in einer existenzbedrohlichen, vom allgemeinen Wohlstandsniveau abgekoppelten, ausweglosen Lebenssituation befindet. Diese Situation ist fast immer mit Langzeitarbeitslosigkeit, geringer Bildung und Armut verbunden. Andererseits haben wir es mit einer verunsicherten gesellschaftlichen Mitte zu tun, die sich in prekären Arbeitsverhältnissen befindet, Phasen von Arbeitslosigkeit zu bewältigen hat und mehr soziale Ausgewogenheit und Versorgungssicherheit wünscht.

Wie können wir die Situation für beide Gruppen abfedern?

Die Verunsicherung der Mittelschicht lässt sich politisch schwer mit konkreten Maßnahmen bekämpfen. Sicher könnten Belastungen durch flexiblere Arbeitsmodelle und Maßnahmen wie etwa der Einführung eines arbeitsfreien Jahres – analog zur Elternzeit – für die Pflege eines Angehörigen etwas abgedeutet werden. Dass eine Absicherung, die dem Status entspricht, auf lediglich zwölf Monate Arbeitslosigkeit reduziert wurde, hat sicherlich viel zur Verunsicherung beigetragen. Hier müsste die Politik zumindest berücksichtigen, wie lange jemand erwerbstätig war, und danach die soziale Sicherung gestalten.

Doch ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit gehört das drohende gesellschaftliche Aus für strukturell schwache Bevölkerungsgruppen. Um ihre Lage zu verbessern, sollten wir strukturelle Ursachen beheben, anstatt die Menschen mit verfehlten sozialpolitischen Maßnahmen à la „Fördern und Fordern“ unter Druck zu setzen – und dieser Gruppe damit zu unterstellen, sie sei selbst schuld an ihrer Situation. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass diese Politik nicht erfolgreich ist. Wer kürzer Arbeitslosengeld bekommt, findet deshalb keineswegs schneller einen Arbeitsplatz, zumal auf einem Arbeitsmarkt wie dem unseren. Die Finanzierungsstruktur unseres Sozialstaates muss überdacht werden. Dänemark beispielsweise zahlt Arbeitslosen mehr und hat mehr Beschäftigte. Es finanziert seinen Sozialstaat aber zu einem viel geringeren Teil aus Sozialabgaben, die Arbeit verteuern und den Arbeitsmarkt belasten.

Was halten Sie von einem Grundeinkommen, wie es zurzeit diskutiert wird?

Der Soziologe Heinz Bude hat recht, wenn er sagt: „Wir müssen uns darauf einrichten, dass es für manche Menschen dauerhaft keine Arbeit mehr geben wird, die ihren Fähigkeiten entspricht.“ Natürlich müssen wir an die erste Stelle mehr und bessere Bildung setzen, eine Bildung, mit der wir Menschen aus allen Schichten erreichen. Natürlich brauchen wir Ganztagschulen. Aber wo die Bildung nicht mehr hilft, um den Anforderungen in einer Wissensgesellschaft wie der unseren gerecht zu werden, ist ein Grundeinkommen eine angemessene Lösung, um auch diesen Bürgern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Anja Dilk ist Redakteurin bei changeX.

www.wz-berlin.de

Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung erscheint in dieser Woche im Verlag J.H.W. Dietz:



Gero Neugebauer:

Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Verlag J.H.W. Dietz, Bonn 2007,

130 Seiten, 9.90 Euro,

ISBN 978-3-8012-0377-1

www.dietz-verlag.de